

Cornelia Altenburg, Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, 315 S., kart., 39,95 €.

In den vergangenen 30 Jahren ist dem Thema „Energie“ in der Geschichtswissenschaft nicht gerade hohe Aufmerksamkeit zu Teil geworden und es gehörte keinesfalls zum Mainstream des Fachs. Nichtsdestotrotz gibt es nicht nur im deutschsprachigen, sondern insbesondere im englischsprachigen Bereich der Disziplin wichtige Studien, welche das Thema ins Zentrum ihrer Untersuchung gerückt haben.¹ Neueren Forschungen müsste es, vereinfacht gesagt, darum gehen, „Energie“ nicht nur als einen Teil eines historischen Prozesses zu verstehen, sondern als dessen Bedeutsamsten.

Die 2009 als Dissertation an der Universität Bielefeld abgeschlossene Arbeit von Cornelia Altenburg ist nicht genuin als Energiegeschichte, sondern vielmehr als Wissenschaftsgeschichte eines politischen Beratungsprozesses zu verstehen. In der Studie wird die Arbeit zweier Enquete-Kommissionen zur Energiezukunft näher untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ liegt und die Nachfolgenquete als Tertium Comparationis herangezogen wird. Konzeptionell überzeugt die Untersuchung durch die Kombination von quellenbasierter Forschung mit Zeitzeugenbefragungen. Dabei konsultierte die Autorin zentrale, vor allem politische Archive und hatte Zugang zu wichtigen Zeitzeugen. Das Ziel der Studie ist es, die Arbeitsweise der Kommissionen ebenso zu untersuchen wie deren Rezeption in Politik und Öffentlichkeit sowie den Umgang der Gremien mit Wissen und Unsicherheit zu einer hochkontroversen Streitfrage dieser Zeit. Anhand der Fallbeispiele soll die Frage beantwortet werden, wie Wirkungsmechanismen, Funktionen und Spielregeln von Politikberatung am Ende der 1970er Jahre und zu Beginn der 1980er Jahren aussahen.

In der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, so kann die Autorin überzeugend nachweisen, gelang es erstmals öffentlichkeitswirksam Gegner wie Kernenergiekritiker an einen Tisch zu bringen. Dies hatte mit den persönlichen Beziehungen innerhalb der Kommission sowie ihrer Arbeitsweise zu tun. Vor allem durch eine diskursive Gestaltung des Beratungsprozesses, der Arbeit des wissenschaftlichen Stabs und dem Sachverstand der Kommissionsmitglieder wie der externen Gutachter war es gelungen, auf einem schwierigen Politikfeld weniger einen Konsens als einen Kompromiss zu erzielen. Dies wurde durch die Formulierung vier verschiedener Energiepfade erreicht, wovon zwei mit und zwei ohne Kernenergie in die Zukunft führen sollten. Die Befunde der Kommission haben zwar nicht direkt zu einer Änderung der Energiepolitik der Bundesregierung geführt, dennoch fanden die Ergebnisse der Kommissionsarbeit, gewissermaßen als implizites Wissen, ihren Niederschlag in den zukünftigen energiepolitischen Debatten.

¹ Nach wie stellen vor allem die Studien von Joachim Radkau und Bernhard Stier, von einigen regionalgeschichtlichen Ausnahmen abgesehen, das Maß der Dinge in diesem Forschungsbereich dar: *Joachim Radkau*, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Krise, Hamburg 1983; *Bernhard Stier*, Staat und Strom. Die politische Steuerung des Elektrizitätssystems in Deutschland 1890-1950, Ubstadt-Weiher 1999. Für den englischsprachigen Raum, wenn auch mit jeweils anderem Zugriff als die beiden erstgenannten Werke, sind die Untersuchungen von Thomas Hughes und Vaclav Smil grundlegend: *Thomas P. Hughes*, Networks of Power. Electrification in Western Society, 1880-1930, Baltimore 1993; *Vaclav Smil*, Energy in World History, Boulder 1994.

Die zentrale Stellung der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ in der Diskussion um die Energiezukunft der 1980er Jahre wird nicht zuletzt durch die Rezeption ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit deutlich. Viel wichtiger als die Wahrnehmung der Kommission, so Cornelia Altenburg, ist jedoch die Langzeitwirkung der Ergebnisse einzuschätzen. Erstmals wurden verschiedene Energiepfade nicht nur untersucht, sondern konsequent von verschiedenen Akteuren auf ihre Machbarkeit hin überprüft. Dass eine Energiezukunft mit und ohne Kernenergie möglich war, dies wurde durch die vier Energiepfade nachgewiesen, wenngleich die Kommissionsmitglieder nicht alle vier Pfade im gleichen Maße als wünschenswert ansahen. Als entscheidend für diese „kleine Revolution“, so die Autorin, waren insbesondere sechs strategische Entscheidungen der Kommission. Neben den oben genannten Elementen (Auswahl der Sachverständigen und Arbeit des wissenschaftlichen Stabs) waren die Entwicklung konsensfähiger Kriterien und die Akzeptanz der vier energiepolitischen Szenarien bei Kernenergiebefürwortern wie -kritikern für die 1980er Jahre wichtige Elemente der Arbeit der Enquete. Der erfolgreiche Kompromiss der Enquete dürfte vor allem dem Entschluss geschuldet sein, die Entscheidung über den Bau des „Schnellen Brüters“ zu verschieben und nicht in der Kommission zu diskutieren. Nichtsdestotrotz ging die Empfehlung der Enquete weit über das hinaus, was bisher im energiepolitischen Diskurs der Bundesrepublik verhandelt wurde.

Interessant sind auch die scheinbar abseitigen Erkenntnisse der Studie. So konstatiert Cornelia Altenburg, dass sich die energiepolitische Beraterszene erheblich gewandelt habe und dass diese sich durch die Gründung wissenschaftlicher Institute – vor allem aus der kernenergiekritischen Szene – erheblich pluralisiert und damit Eingang in bisher etablierte und geschlossene Beratungsprozesse gefunden habe. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen.² Trotz der Wirkung dieser Institute sowie einer zunehmend kritischen und weniger expertengläubigen Öffentlichkeit verliefen Aushandlungsprozesse in der Energiepolitik formal durchaus ähnlich wie zuvor. Der entscheidende Unterschied bestand jedoch darin, dass die aufgeworfenen Probleme, wie zum Beispiel Energiebedarfsprognosen, die Diskussion um den Ordnungs- und Regulierungsrahmen der Elektrizitätswirtschaft deutlich belebten, ebenso wie eine neue Expertise. Zudem wurden die umweltpolitischen Maßnahmen für Kohlekraftwerke zunehmend kritischer diskutiert.

Auch wenn die Studie vorwiegend am politischen Beratungsprozess und den Kommissionen selbst interessiert ist, so wäre eine tiefere Beschäftigung mit den ökonomischen Akteuren, sprich den Energieversorgungsunternehmen, durchaus lohnend gewesen. Darüber hinaus analysiert die Studie mit dem „Schnellen Brüter“ und der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf vornehmlich gescheiterte Großprojekte im Energiebereich. Selbst in der energiepolitisch aufgeladenen Zeit der 1970er und 1980er Jahre hat es jedoch durchaus den energiewirtschaftlichen wie energiepolitischen ‚Normalzustand‘ gegeben, wenngleich die Probleme und der Wandel des Normalen auf den ersten Blick vielfach überwiegen und als Untersuchungsgegenstand interessanter erscheinen mögen.

Der Untertitel der Arbeit („Die Vermessung einer Kontroverse“) löst beim Rezensenten durchaus Verwunderung aus. Dieses ambitionierte Ziel gibt nicht treffend wieder, was in der Studie untersucht wird. Was den Kern der Kontroverse in der Energiediskussion ausmacht, dürfte ohnehin schwer auszumachen sein. Aber im Wesentlichen eine Kommission intensiv zu untersuchen – wenngleich in dieser die verschiedenen Fraktionen der Kernenergie Diskussion einigermaßen ausgewogen vertreten waren – und dann von der „Vermessung einer Kontroverse“ zu sprechen, scheint doch etwas zu weit zu führen. Für die „Vermessung einer Kontroverse“ hätte die Arbeit einer breiteren Quellengrundlage, vor allem aus Wirtschafts-

² Vgl. dazu bereits auch *Klaus Traube/Otto Ullrich*, *Billiger Atomstrom? Wie die Interessen der Elektrizitätswirtschaft die Energiepolitik bestimmen*, Hamburg 1982, S. 21ff.

und Unternehmensarchiven sowie aus der Protestszene, bedurft. Beide Bereiche sind quellenmäßig mittlerweile durchaus gut erschlossen.

Trotz dieser Kritik ist die Studie von Cornelia Altenburg ein erster wichtiger und vor allem sehr lesenswerter Beitrag, der versucht die Energieproblematik der 1970er wie 1980er Jahre zu historisieren. Dies ist für die neuere Zeitgeschichte mehr als notwendig, denn im Energiebereich existieren zahlreiche Problemfelder – nicht nur für die jüngste Zeit – die von der Sozial- über die Kultur- bis zur Wirtschaftsgeschichte nachgerade darauf warten, erforscht zu werden. Diese Arbeiten könnten in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Historisierung der jüngsten Zeitgeschichte leisten und dabei helfen, die These vom Strukturwandel „nach dem Boom“ einer präziseren Bewertung zu unterziehen.

Hendrik Ehrhardt, Jena

Zitierempfehlung:

Hendrik Ehrhardt: Rezension von: Cornelia Altenburg, Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 51, 2011, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81242>> [20.5.2011].